



Beschlusskammer 8

Aktenzeichen: BK8-16/1041-717

Beschluss

In dem Verwaltungsverfahren

nach § 26 Abs. 2, § 32 Abs. 1 Nr. 10, § 4 ARegV i.V.m. § 29 Abs. 1 EnWG

wegen **Festlegung des übergelenden Anteils
der kalenderjährlchen Erlösobergrenzen**

hat die Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekom-
munikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn,

auf übereinstimmenden Antrag der

Bayernwerk Netz GmbH, Lilienthalstraße 7, 93049 Regensburg, gesetzlich vertreten
durch die Geschäftsführung,

- abgebender Netzbetreiber -

und der

Energieversorgung Pfaffenhofen GmbH & Co. KG, Michael-Weingartner-Straße 11,
85276 Pfaffenhofen, vertreten durch die Energieversorgung Pfaffenhofen Verwal-
tungs GmbH, Michael-Weingartner-Straße 11, 85276 Pfaffenhofen, und diese ge-
setzlich vertreten durch die Geschäftsführung,

- aufnehmender Netzbetreiber -

durch den Vorsitzenden Karsten Bourwieg,
den Beisitzer Bernd Petermann
und den Beisitzer Rainer Bender,

am 18.12.2017 beschlossen:

1. Die unter dem Aktenzeichen BK8-12/1041-11 mit Beschluss vom 17.11.2014 ursprünglich festgelegten kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des abgebenden Netzbetreibers werden für den Zeitraum der zweiten Regulierungsperiode jeweils um die in **Anlage 1** genannten Beträge vermindert.
2. Die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des aufnehmenden Netzbetreibers werden für den Zeitraum der zweiten Regulierungsperiode erstmals in Höhe der in Anlage 1 genannten Beträge festgelegt.
3. Die Übertragung des aus einem Erweiterungsfaktor resultierenden Anteils der Erlösobergrenzen nach den Ziffern 1 und 2 erfolgt für jeden Netzbetreiber unter der auflösenden Bedingung, dass nachfolgend für sein Netzgebiet ein Erweiterungsfaktor genehmigt wird, in dem der Netzübergang Berücksichtigung findet.
4. Hinsichtlich der Kosten ergeht eine gesonderte Entscheidung.

Gründe

I.

Die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des abgebenden Netzbetreibers wurden durch die Bundesnetzagentur erstmals mit Beschluss vom 17.11.2014 unter dem Aktenzeichen BK8-12/1041-11 festgelegt.

Der abgebende Netzbetreiber übertrug den Netzteil der Stadt Pfaffenhofen (OT Bachappen, Brunnhof bei Köhlhof, Doderhof, Ebenhof, Eckersberg, Förnbach, Haimpertshofen, Heißmanning, Höflmaier, Köhlhof, Neuhäusler, Niederscheyern, Pallertshausen, Radlhöfe, Streitdorf, Sulzbach, Weihern, Weingarten) mit Wirkung zum 01.01.2016 an den aufnehmenden Netzbetreiber. Die Festlegung des übergehenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen für die zweite Regulierungsperiode wurde mit Schreiben vom 11.07.2016 durch die beteiligten Netzbetreiber gemäß § 26 Abs. 2 S. 1 ARegV beantragt.

Die Beschlusskammer hat daraufhin ein Verfahren zur Festlegung des übergehenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen nach § 26 Abs. 2 i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 10, § 4 ARegV und § 29 Abs. 1 EnWG eingeleitet. Die Landesregulierungsbehörde, in deren Gebiet der abgebende und der aufnehmende Netzbetreiber ihren Sitz haben, wurde gemäß § 55 Abs. 1 EnWG über die Einleitung des Verfahrens informiert.

Die Beschlusskammer hat den beteiligten Netzbetreibern mit Schreiben vom 30.05.2017 gemäß § 67 Abs. 1 EnWG Gelegenheit gegeben, sich zu der beabsichtigten Entscheidung der Beschlusskammer zu äußern. Der beteiligte Netzbetreiber Bayernwerk Netz GmbH hat mit Schreiben vom 09.06.2017 Stellung genommen und darauf hingewiesen, dass die übertragenen AK/HK in einigen Jahresscheiben nicht vollständig übernommen wurden. Die Angaben zum übertragenen Anlagevermögen wurden mit dem Erhebungsbogen der beteiligten Netzbetreiber abgeglichen. Die fehlenden Jahresscheiben wurden in der Anlage 2 des Beschlusses ergänzt.

Das Bundeskartellamt und die Landesregulierungsbehörde, in deren Bundesland der Sitz des abgebenden oder aufnehmenden Netzbetreibers belegen ist, wurden gemäß § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG beteiligt.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Verfahrensakte verwiesen.

II.

Die Festlegung des übergehenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen erfolgt auf Grundlage des § 26 Abs. 2 ARegV i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 10 und § 4 ARegV.

1. **Zuständigkeit**

Gemäß § 54 Abs. 2 S. 5 EnWG ist stets diejenige Regulierungsbehörde für die Festlegung des übergehenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen nach § 26 Abs. 2 ARegV zuständig, welche die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des abgebenden Netzbetreibers ursprünglich festgelegt hat (BGH EnVR 18/14, Rz. 23; BR Drs. 296/16 S. 44).

Die Bundesnetzagentur hat die ursprüngliche Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des abgebenden Netzbetreibers gemäß § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 1 ARegV erlassen. Die Bundesnetzagentur ist daher gemäß § 54 Abs. 1 EnWG die zuständige Regulierungsbehörde. Die Zuständigkeit der Beschlusskammer ergibt sich aus § 59 Abs. 1 Satz 1 EnWG.

2. **Ermächtigungsgrundlage**

Die Bestimmung des übergehenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen erfolgt durch Festlegung nach § 26 Abs. 2 ARegV i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 10 ARegV i.V.m. § 29 Abs. 1 EnWG.

3. **Bestimmung des übergehenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen**

Für die beteiligten Netzbetreiber werden die sich aus **Anlage 1** ergebenden übergehenden Anteile der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen für die zweite Regulierungsperiode festgelegt.

Die mit Beschluss der Bundesnetzagentur vom 17.11.2014 unter dem Aktenzeichen BK8-12/1041-11 ursprünglich festgelegten kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des abgebenden Netzbetreibers werden für den Zeitraum der zweiten Regulierungsperiode jeweils um die Beträge in **Anlage 1** vermindert. Die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des aufnehmenden Netzbetreibers werden für den Zeitraum der zwei-

ten Regulierungsperiode erstmals in Höhe der Beträge in **Anlage 1** festgelegt. Die Festlegung des übergelenden Anteils der kalenderjählichen Erlösobergrenzen nach § 26 Abs. 2 ARegV erfolgt aufgrund des übereinstimmenden Antrages der beteiligten Netzbetreiber.

Die zugrunde liegende Aufteilung der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile i.S.d. § 11 Abs. 2 ARegV ist in **Anlage 2** dargestellt. Bei der jährlichen Anpassung der Erlösobergrenzen nach § 4 Abs. 3 ARegV ist bei den dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteilen grundsätzlich auf die jeweils im vorletzten Kalenderjahr entstandenen Kosten abzustellen (t-2 Verzug). Insofern können die dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile nur für die ersten beiden Jahre nach dem Netzübergang festgelegt werden. Der Netzübergang erfolgte zum 01.01.2016, daher können übergehende dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile nur für die Jahre 2016 und 2017 vereinbart werden. Die maßgeblichen Ist-Werte entstammen den Jahren 2014 und 2015. Bei der Bestimmung der Werte für 2017 und 2018 ist zu beachten, dass die Baukostenzuschüsse und Netzanschlusskostenbeiträge nach der Verordnungsänderung vom 14.06.2016 ab dem 01.01.2017 nicht mehr mit t-2 Versatz, sondern als Plankosten mit späterer Ist-Abrechnung anzusetzen sind. Die Baukostenzuschüsse und Netzanschlusskostenbeiträge sind somit ab dem Kalenderjahr 2017 im Rahmen des Teilnetzübergangs nicht mehr übertragbar.

Vom Netzbetreiber gegebenenfalls gem. § 4 Abs. 3 ARegV vorzunehmende Anpassungen bleiben jedoch unberührt. Der abschließenden Bestimmung des Regulierungskontosaldos werden sodann die vom Netzbetreiber angepassten und durch die Beschlusskammer geprüften Erlösobergrenzen zu Grunde gelegt.

Das Sachanlagevermögen zu Anschaffungs- und Herstellungskosten des übergehenden Netzteils wird in **Anlage 3** ausgewiesen. Die Strukturparameter und die für die Fortschreibung der FSV Verlustenergie bzw. Festlegung volatiler Kostenanteile relevanten Verlustenergie-daten des übergehenden Netzteils werden in **Anlage 4** dargestellt.

4. Übertragung von Erweiterungsfaktor und Qualitätselement

Die beteiligten Netzbetreiber haben keinen Antrag gestellt, Beträge aus einem genehmigten Qualitätselement zu übertragen.

Die beteiligten Netzbetreiber haben einen Antrag gestellt, Beträge aus einem genehmigten Erweiterungsfaktor zu übertragen.

Die Übertragung wird unter einer auflösenden Bedingung nach § 36 Abs. 2 Nr. 2 VwVfG genehmigt. Sie erfolgt für den jeweiligen Netzbetreiber nur solange, bis ihm ein Erweiterungsfaktor genehmigt wird, in dem der Netzübergang Berücksichtigung findet.

Die Bedingung ist sowohl geeignet, als auch erforderlich und angemessen. Sie verhindert eine mögliche Schlechterstellung des abgebenden und eine Besserstellung des aufnehmenden Netzbetreibers, die allein aufgrund von Verfahrensabläufen entstünde. Durch die Berücksichtigung der Parameter des übergehenden Netzteils im Rahmen des Netzübergangs und einer zukünftigen Erweiterungsfaktoranpassung käme es beim aufnehmenden Netzbetreiber zu einer insoweit überhöhten Anpassung; beim abgebenden Netzbetreiber dementsprechend zu einem überhöhten Abzug. Dies wird durch die auflösende Bedingung vermieden.

Die im Rahmen der Festlegung des übergehenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen nach § 26 Abs. 2 ARegV berücksichtigten Anpassungsbeträge aufgrund eines Erweiterungsfaktors werden in **Anlage 1** ausgewiesen.

III.

Hinsichtlich der Kosten nach § 91 EnWG ergeht ein gesonderter Bescheid.

IV.

Die beigefügten **Anlagen 1 bis 4** sind Bestandteil dieses Beschlusses.

- Anlage 1** enthält den übergehenden Anteil der kalenderjährlichen Erlös-obergrenze für alle Jahre der Regulierungsperiode, in Euro.
- Anlage 2** weist die dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile nach § 11 Abs. 2 ARegV des übergehenden Netzteils für die ersten beiden Kalenderjahre nach dem Netzübergang in Euro aus.
- Anlage 3** enthält das Sachanlagevermögen zu historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten des übergehenden Netzteils, in Euro.
- Anlage 4** dokumentiert die Strukturparameter und relevanten Daten für die Anpassung der Verlustenergiekosten im Rahmen der FSV Verlustenergie bzw. der Festlegung volatiler Kostenanteile des übergehenden Netzteils.

Etwaige Anpassungen der festgelegten kalenderjährlichen Erlösobergrenzen bleiben unberührt.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Vorsitzender

Beisitzer

Beisitzer

Bourwieg

Petermann

Bender

Festlegung des übergelassenen Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenze gem. § 26 Abs. 2 ARegV

Zusammensetzung des Erlösobergrenzenanteils des übergelassenen Netzanteils												
Jahr	Erlösobergrenzenanteil [EUR]	dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile [EUR]	vorübergehend nicht beeinflussbare Kostenanteile [EUR]	nicht abgebaute beeinflussbare Kostenanteile [EUR]	Kostenanteile aus dem Verbraucherpreisgesamtindex nach § 6 Abs. 1 ARegV [EUR]	Kostenanteile aus dem generellen sektoralen Produktivitätsfaktor nach § 9 ARegV [EUR]	Erweiterungsfaktor (inkl. VPI abzgl. PF) [EUR]	Qualitätselement [EUR]	Volatile Kostenanteile [EUR]	Saldo des Regulierungskontos [EUR]	Härtefall [EUR]	Sonstiges [EUR]
2014												
2015												
2016												
2017												
2018												

Jahr	VPI	PF
2013	102,10	
2014	104,10	0,0150
2015	105,70	0,0302
2016	106,60	0,0457
2017	106,90	0,0614
2018	107,40	0,0773

Festlegung des übergelenden Anteils der kalenderjährliehen Erlösobergrenze gem. § 26 Abs. 2 ARegV

Sachanlagevermögen (historische Anschaffungs- und Herstellungskosten) des übergelenden Netzteils		
Jahr	Nutzungsdauer	AK/HK [EUR]
Grundstücke		
2003		2.564
1998		1.766
1993		5.096
1992		43.926
1991		1.821
Summe		55.173
Kabel Mittelspannungsnetz		
2013	40	11.104
2012	40	11.727
2011	40	57.855
2009	40	5.502
2007	40	313.495
2006	40	20.869
2005	40	13.140
2004	40	48.243
2003	40	11.678
2002	40	9.521
1998	40	101.282
1995	40	27.223
1994	40	1.271
1993	40	62.045
1990	40	1.146.238
1985	40	1.725
1984	40	169
1982	40	27.878
1981	40	249.198
1979	40	12.849
1977	40	471
1976	40	483.209
1975	40	18
1974	40	15.457
1973	40	38.893
1972	40	14.562
1971	40	21.384
1967	40	6.409
1965	40	473
1964	40	9.547
1960	40	1.015

Jahr	Nutzungsdauer	AK/HK [EUR]
Summe		2.724.451
Kabel 1 kV		
2013	40	115.529
2012	40	93.591
2011	40	19.928
2010	40	19.317
2009	40	22.431
2008	40	17.986
2007	40	26.254
2006	40	19.707
2005	40	112.226
2004	40	200.462
2003	40	171.478
2002	40	166.499
2001	40	118.018
2000	40	815.587
1999	40	143.786
1998	40	138.907
1997	40	84.916
1996	40	165.560
1995	40	367.760
1994	40	148.497
1993	40	378.737
1992	40	862.746
1991	40	629.506
1990	40	551.176
1989	40	519.279
1988	40	539.929
1987	40	645.479
1986	40	636.722
1985	40	421.703
1984	40	406.545
1983	40	336.166
1982	40	324.286
1981	40	481.182
1980	40	230.089
1979	40	174.260
1978	40	118.823
1977	40	78.883
1976	40	73.044
1975	40	65.876
1974	40	111.123
1973	40	349.190
1972	40	144.771
1971	40	89.609

Jahr	Nutzungsdauer	AK/HK [EUR]
1970	40	59.013
1969	40	75.747
1968	40	76.911
1967	40	66.452
1966	40	67.121
1965	40	45.389
1964	40	17.989
1963	40	11.527
1962	40	4.121
1961	40	2.567
1960	40	3.622
1959	40	8.484
1958	40	3.561
1957	40	7.939
1956	40	9.681
1955	40	6.571
1954	40	5.156
1953	40	14.919
1952	40	3.697
1951	40	1.634
1950	40	1.269
1949	40	2.839
1948	40	66.356
Summe		11.700.128
Kabel Abnehmeranschlüsse		
2013	35	23.160
2012	35	27.337
2011	35	82.728
2010	35	73.644
2009	35	45.930
2008	35	67.103
2007	35	73.623
2006	35	78.836
Summe		472.361
Freileitungen Mittelspannungsnetz		
1999	30	7.610
1998	30	15.219
1997	30	5.392
1996	30	4.185
1992	30	3.218
1989	30	2.862
1986	30	5.724
1985	30	8.161
1983	30	2.877
1982	30	16.828

Jahr	Nutzungsdauer	AK/HK [EUR]
1981	30	4.944
1975	30	4.163
1974	30	5.602
1973	30	9.015
1967	30	6.370
Summe		102.168
Ortsnetzstationen		
2013	30	43.052
2012	30	65.627
2011	30	34.743
2010	30	5.202
2009	30	75.283
2008	30	26.264
2007	30	94.436
2005	30	53.515
2004	30	64.186
2003	30	58.503
2002	30	118.952
2000	30	435
1999	30	15.671
1997	30	18.297
1996	30	42.751
1995	30	102.714
1994	30	55.734
1993	30	29.547
1992	30	36.927
1991	30	19.899
1989	30	54.434
1988	30	30.370
1987	30	62.680
1986	30	41.497
1985	30	94.753
1984	30	13.103
1983	30	56.352
1982	30	67.531
1981	30	21.751
1980	30	920
1978	30	12.370
1977	30	26.183
1976	30	12.542
1975	30	55.398
1974	30	9.612
1973	30	22.477
1972	30	33.115
1971	30	21.479

Jahr	Nutzungsdauer	AK/HK [EUR]
1970	30	12.869
1968	30	4.791
1967	30	21.167
1966	30	20.314
1964	30	11.606
1962	30	26.011
1961	30	7.010
1960	30	4.787
1958	30	4.137
1957	30	4.474
1953	30	6.635
1951	30	4.781
Summe		1.726.887
Ortsnetz-Transformatoren, Kabelverteilerschränke		
2013	30	6.583
2012	30	24.423
2011	30	35.545
2010	30	43.937
2009	30	21.333
2008	30	9.595
2007	30	17.768
2006	30	45.114
2005	30	20.012
2004	30	29.670
2003	30	15.632
2002	30	13.894
2001	30	16.522
1999	30	3.375
1997	30	6.526
1996	30	3.622
1995	30	10.142
1992	30	3.857
1991	30	39.907
1989	30	16.959
1988	30	6.833
1987	30	34.045
1985	30	5.190
1984	30	2.813
1983	30	15.555
1982	30	6.821
1981	30	16.352
1980	30	7.218
1978	30	2.997
1977	30	10.014
1976	30	9.847

Jahr	Nutzungsdauer	AK/HK [EUR]
1975	30	8.456
1974	30	7.093
1973	30	10.461
1972	30	3.784
1971	30	6.517
1969	30	3.006
1968	30	4.973
1967	30	5.517
1966	30	4.786
Summe		556.692
Zähler, Messeinrichtungen, Uhren, TFR-Empfänger		
2013	20	10.284
2012	20	18.023
2011	20	18.974
2010	20	10.082
2009	20	9.164
2008	20	11.656
2007	20	7.626
2006	20	9.518
2005	20	11.836
2004	20	16.349
2003	20	14.746
2002	20	4.148
1999	20	140.271
1998	20	47.128
1996	20	49.388
1995	20	26.205
1994	20	31.998
1993	20	89.855
1992	20	28.191
1991	20	29.281
1990	20	21.848
1989	20	23.219
1988	20	17.089
1987	20	11.395
1986	20	10.191
1985	20	27.978
1984	20	14.364
1983	20	21.635
1982	20	18.393
1981	20	19.492
1980	20	9.478
1979	20	12.141
1978	20	15.273
1977	20	11.997

Jahr	Nutzungsdauer	AK/HK [EUR]
1976	20	9.406
1975	20	2.167
1974	20	14.018
1973	20	16.744
1972	20	13.507
1971	20	12.035
1970	20	12.497
1969	20	7.344
1968	20	7.408
1967	20	6.055
1966	20	7.344
1965	20	7.924
1964	20	3.092
1963	20	1.933
1962	20	3.350
1961	20	2.834
1960	20	2.899
1959	20	1.031
1958	20	966
1957	20	1.868
1956	20	1.031
1955	20	644
1954	20	322
1952	20	322
1950	20	2.488
Summe		958.443
Summe Insgesamt		18.296.303

Festlegung des übergelassenen Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenze gem. § 26 Abs. 2 ARegV

Strukturparameter und Verlustenergie des übergelassenen Netzteils		
Strukturparameter	Einheit	Wert
Versorgte Fläche (NS)	km ²	2,97
Geographische Fläche (MS)	km ²	0,00
Anschlusspunkte (NS)	Anzahl	5.722
Anschlusspunkte (MS)	Anzahl	125
Einspeisepunkte (NS)	Anzahl	522
Einspeisepunkte (NS), die auch Anschlusspunkte sind	Anzahl	509
Einspeisepunkte (MS)	Anzahl	3
Zeitgleiche Jahreshöchstlast (MS/NS)	kW	0
Zeitgleiche Jahreshöchstlast (HS/MS)	kW	18.467
Verlustenergie		
	Einheit	Wert
Kosten in der Ausgangsbasis der 2. Regulierungsperiode	EUR	162.057
Den Kosten zu Grunde liegende Menge	kWh	2.899.318
Verfahrensart des abgebenden Netzbetreibers	Bitte wählen	